

GROSSER RAT

Oktobersession 2022

Anfrage Gansner betreffend privater Unterbringung von Schutzsuchenden aus der Ukraine

Mit dem Krieg in der Ukraine wurde Graubünden mit einer neuen Situation konfrontiert: Die Zahl der vom Bund an den Kanton zugewiesenen Asylsuchenden hat sich schlagartig vervielfacht. Aufgrund der grossen Anzahl Personen hat die Bündner Regierung im Frühjahr 2022 entschieden, dass Schutzbedürftige mit Aufenthaltsstatus «S» nebst den kantonalen Kollektivunterkünften auch in Mietwohnungen oder bei Gastfamilien untergebracht werden können. Innert kurzer Zeit konnten die schutzsuchenden Menschen dank der Offenheit und Solidarität der Bündner Bevölkerung rasch eine neue Unterbringung finden.

Viele Gastfamilien beherbergen Schutzsuchende nun schon länger als geplant. Einige Kantone seien sich nicht ganz sicher, wie beständig die Unterbringung von Schutzsuchenden bei Privaten über Monate hinweg sei, schreibt die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK) auf Anfrage der Südostschweiz (Ausgabe vom 15. Juli 2022). Diese Bedenken bestätigen sich auch bei uns in Graubünden. Das Zusammenleben in privater Unterbringung gestaltet sich oft deutlich schwieriger als erwartet. Deshalb wollen Schutzsuchende vermehrt in eigenständige Wohnungen wechseln.

Die Unterbringung der Schutzsuchenden liegt gemäss Aussage des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) in der Verantwortung der Kantone. Diesem Umstand wird insofern Rechnung getragen, als dass Personen mit Schutzstatus «S», welche in Mietwohnungen oder in Gastfamilien untergebracht sind, grundsätzlich durch die regionalen Sozialdienste in den Bereichen persönliche und wirtschaftliche Sozialhilfe unterstützt werden. Die finanzielle Unterstützung erfolgt direkt durch den regionalen Sozialdienst. Auch Gastfamilien können sich punktuell an den Sozialdienst wenden, eine Begleitung vor Ort kann aus Ressourcengründen aktuell aber nicht geleistet werden.

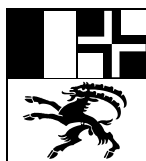
Im Grundsatz scheint alles geregelt, auch betreffend persönliche und wirtschaftliche Unterstützung durch den regionalen Sozialdienst – die Realität sieht aber leider anders aus. Nach Bezug einer neuen Wohnung wird beispielsweise deren Finanzierung zwar gemäss geltenden Richtlinien übernommen, bei der Suche selbst sind die Schutzsuchenden aber auf sich alleine gestellt beziehungsweise wiederum auf die Unterstützung der Gastfamilien angewiesen. Insbesondere aufgrund der hohen Sprachbarriere ist eine eigenständige Suche nach passenden Mietobjekten durch die Schutzsuchenden faktisch unmöglich.

Die Unterzeichnenden stellen der Regierung in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Wie schätzt die Regierung die Beständigkeit der Unterbringung von Schutzsuchenden bei Privaten ein und welche Massnahmen wurden und werden getroffen, um den erwähnten Befürchtungen entgegenzuwirken?
2. Welche Massnahmen gedenkt der Kanton zu treffen, um vor Ort betroffene Personen effektiv zu betreuen und damit die einheimischen Gastfamilien zu entlasten?
3. Wie kann die Regierung die nötigen personellen Ressourcen während der Dauer der Ukraine-Krise bei den zuständigen Dienststellen und den regionalen Sozialdiensten sicherstellen?

Chur, 19. Oktober 2022

Gansner, Epp, Müller, Altmann, Bardill, Beeli, Berther, Bettinaglio, Biert, Binkert, Bisculm Jörg, Bleuler-Jenny, Brandenburger, Brunold, Cahenzli-Philipp (Untervaz), Collenberg, Cramerli, Danuser (Cazis), Derungs, Dietrich, Dürler, Gredig, Heini, Hoch, Hohl, Holzinger-Loretz, Kasper, Kocher, Kohler, Kreiliger, Loepfe, Maissen, Mani, Mazzetta, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Nicolay, Preisig, Rutishauser, Said Bucher, Schutz, Stiffler, von Ballmoos, Widmer, Wieland, Zanetti (Landquart), Zanetti (Sent)



Sitzung vom

13. Dezember 2022

Mitgeteilt den

15. Dezember 2022

Protokoll Nr.

961/2022

Anfrage Gansner

betreffend privater Unterbringung von Schutzsuchenden aus der Ukraine

Antwort der Regierung

Der Krieg in der Ukraine hat in Europa die grösste Fluchtbewegung seit dem zweiten Weltkrieg ausgelöst. Der Bundesrat hat am 11. März 2022 entschieden, dass Schutzsuchende aus der Ukraine den Schutzstatus S erhalten. Damit erhielten die Geflüchteten ein Aufenthaltsrecht, ohne dass sie ein ordentliches Asylverfahren durchlaufen mussten. Der Schutzstatus S wurde zum ersten Mal angewendet. Bis Ende April 2022 wurden dem Kanton vom Bund über 800 Personen aus der Ukraine zugewiesen. Das bedeutete, dass pro Tag rund 30 Personen dem Kanton zugewiesen wurden. Die Regelstrukturen waren für 30 Personen pro Monat ausgelegt. Gerade in dieser Anfangsphase war der Kanton auf jede mögliche Unterbringung angewiesen. Die Regierung bedankt sich bei den Gastfamilien, welche sich freiwillig für die Schutzsuchenden eingesetzt haben und sich immer noch einsetzen.

Per Ende Oktober 2022 unterstützten die regionalen Sozialdienste rund 848 Personen in 481 Dossiers, welche in Individualunterkünften wohnten. Davon wohnten 124 Personen (91 Dossiers) mit einheimischen Gastfamilien in einem gemeinsamen Haushalt. Wenn beim Zusammenleben Schwierigkeiten auftauchen, kann der Kanton Wohnungen vermitteln, welche von der Bevölkerung angeboten werden. Insbesondere dann, wenn Kinder bereits eingeschult sind.

Zu Frage 1: Das Bündner Gesetz sieht vor, dass Schutzsuchende, welche wirtschaftlich unselbstständig sind, grundsätzlich in Kollektivunterkünften untergebracht und vom Amt für Migration finanziell unterstützt werden (Art. 35 Verordnung zum Einführungsgesetz zur Ausländer- und Asylgesetzgebung; RVzEGzAAG; BR 618.110). Auf Grund der grossen Anzahl von Schutzsuchenden, welche dem Kanton Graubünden zugewiesen wurden resp. sich schon im Kanton befanden, entschied die Regierung, dass Personen mit Schutzstatus S auch in Individualunterkünften untergebracht werden können. Das Einführungsgesetz zur Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes (Art. 4 EGzAAG, BR 618.100) hätte vorgesehen, dass die Regierung in dieser

Situation die Gemeinden verpflichten kann [...] Schutzbedürftige nach Massgabe ihrer Bevölkerungszahl aufzunehmen. Dies hat die Regierung mit ihrem Handeln gezielt vermieden, da sie die Gemeinden nicht mit zusätzlichen Aufgaben belasten wollte. Der Entscheid führte gleichzeitig zu einer gewissen Rechtsungleichheit zwischen Personen aus dem Asylbereich. Eine Begleitung und Betreuung von Schutzsuchenden, welche über das Angebot der übrigen Bevölkerung hinausgeht, war aus diesem Grund von Beginn an nicht angezeigt. Die Regierung teilt die Ansicht, dass die Beherbergung und das Zusammenleben im gleichen Haushalt für Menschen, die sich nicht kennen, herausfordernd sein können. Das Amt für Migration und Zivilrecht hat deshalb rasch zusätzliche Kollektivunterkünfte in Betrieb genommen, damit dem Kanton zugewiesene Personen mit Schutzstatus S untergebracht werden können. Weiter wurde die Schweizerische Flüchtlingshilfe bereits früh gebeten, von Vermittlungen direkt aus den Bundesasylzentren an Gastfamilien abzusehen. Die Vermittlung haben die kantonalen Stellen selbst übernommen. Sie haben dabei wenn immer möglich darauf geachtet, dass Räumlichkeiten nicht gemeinsam mit einer Gastfamilie benutzt werden mussten.

Zu Frage 2: Der Kanton betreut die Schutzsuchenden vergleichbar mit übrigen Personen, die Unterstützung benötigen. Insbesondere im Sinne der Sicherstellung der Rechtsgleichheit von Personen aus dem Asylbereich plant die Regierung deshalb nicht, die Betreuungskapazitäten für Personen mit Schutzstatus S bzw. deren Gastfamilien auszubauen. Der Kanton verfügt derzeit über ausreichend Plätze in Kollektivunterkünften für Personen mit Schutzstatus S. Wenn Personen mit Schutzstatus S nicht mehr bei den Gastfamilien leben können, ist es möglich, in einer Kollektivunterkunft einen Platz zu erhalten.

Zu Frage 3: Die Regierung hat die notwendigen finanziellen Ressourcen aller Dienststellen, welche in Zusammenhang mit Personen mit Schutzstatus S erforderlich sind, im Budget 2023 berücksichtigt. Damit können die zeitlich befristeten Anstellungen verlängert werden.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun d'october 2022

Dumonda Gansner concernent l'alloschament privat da personas da l'Ucraina che tschertgan protecziun

Cun la guerra en l'Ucraina è il Grischun vegnì confruntà cun ina nova situaziun: Il dumber da requirentas e requirents d'asil che la Confederaziun ha attribuì al chantun è sa multiplitgà cun ina giada. Pervia dal grond dumber da personas ha la Regenza decidì la primavaira 2022, che las personas che basegnan protecziun cun il status da dimora «S» pon vegnir alloschadas er en abitaziuns da locaziun u tar famiglias ospitantas, ultra dals alloschis collectivs chantunals. Grazia a l'avertadad ed a la solidaritad da la populaziun grischuna, han las personas che tschertgan protecziun pudì chattar in alloschi entaifer curt temp.

Bleras famiglias ospitantas dattan ussa gia bler pli ditg che planisà alloschi a personas che tschertgan protecziun. Intgins chantuns na sajan betg dal tut segirs, quant stabel che l'alloschament da personas che tschertgan protecziun durant plirs mais tar personas privatas saja, scriva la Conferenza da las directuras e dals directurs chantunals dals affars socials (CDAS) sin dumonda da la Südostschweiz (ediziun dals 15 da fanadur 2022). Quests dubis vegnan er confermads qua tar nus en il Grischun. La convivenza en alloschaments privats è savens pli difficila che spetgada. Perquai vulan personas che tschertgan protecziun adina pli savens midar en atgnas abitaziuns.

Tenor il Departament federal da giustia e polizia (DFGP) èn ils chantuns responsabels per l'alloschament da las personas che tschertgan protecziun. Quest fatg vegn resguardà, en quel senn che las personas cun status da protecziun «S» che abitan en abitaziuns da locaziun u en famiglias ospitantas vegnan sustegnidas da princip dals servetschs socials regiunals en ils secturs da l'agid social personal ed economic. Il sustegn finanziel vegn prestà directamain tras il servetsch social regional. Er las famiglias ospitantas pon sa drizzar punctualmain al servetsch social. Per motivs da resursas na po in accumpagnament al lieu dentant betg vegnir prestà actualmain.

Da princip para tut sco reglà, er concernent il sustegn personal ed economic tras il servetsch social regional – la realitad è dentant displaschavlamain in'otra. Suentar avair retratg ina nova abitaziun, vegn per exempel tenor las directivas vertentas bain surpigliada la finanziaziun da quella, tar la tschertga sco tala vegnan las personas che tschertgan protecziun dentant laschadas sulettas, respectivamain èn ellas avisadas sin il sustegn da las famiglias ospitantas. Spezialmain pervia da la gronda barriera linguistica n'èsi praticamain betg pussaivel, che las personas che tschertgan protecziun chattian sezzas in object da locaziun adattà.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders tschentan en quest connex las suandantas dumondas a la Regenza:

1. Co valitescha la Regenza la stabilitad da l'alloschament da personas che tschertgan protecziun tar personas privatas e tge mesiras han ins prendì e prendan ins per far frunt a las temas menziunadas?
2. Tge mesiras ponderescha il chantun da prender, per pudair assister al lieu ed en moda efectiva las personas pertutgadas e per uschia distgargiar las famiglias ospitantas indigenas?
3. Co po la Regenza garantir las resursas personalas necessarias tar ils posts da servetsch cumpetents e tar ils servetschs socials regiunals durant la durada da la crisa en l'Ucraina.

Cuira, ils 19 d'october 2022

Gansner, Epp, Müller, Altmann, Bardill, Beeli, Berther, Bettinaglio, Biert, Binkert, Bisculm Jörg, Bleuler-Jenny, Brandenburger, Brunold, Cahenzli-Philipp (Vaz Sut), Collenberg, Crameri, Danuser (Czas), Derungs, Dietrich, Dürler, Gredig, Heini, Hoch, Hohl, Holzinger-Loretz, Kasper, Kocher, Kohler, Kreiliger, Loepfe, Maissen, Mani, Mazzetta, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Nicolay, Preisig, Rutishauser, Said Bucher, Schutz, Stiffler, von Ballmoos, Widmer, Wieland, Zanetti (Landquart), Zanetti (Sent)



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

13 da december 2022

15 da december 2022

961/2022

Dumonda Gansner

concernent l'alloschament privat da personas da l'Ucraina che tschertgan protecziun

Resposta da la Regenza

La guerra en l'Ucraina ha provocà il pli grond moviment da fugia en l'Europa dapi la segunda Guerra mundiala. Ils 11 da mars 2022 ha il Cussegl federal decidì, che las personas da l'Ucraina che tschertgan protecziun survegnian il status da protecziun S. Tras quai han las fugitivas ed ils fugitivs survegnì in dretg da dimora, senza ch'ellas ed els han stuì absolver ina procedura d'asil ordinaria. Il status da protecziun S è vegnì applitgà per l'emprima giada. Fin la fin d'avrigl 2022 ha la Confederaziun attribuì al chantun Grischun passa 800 personas da l'Ucraina. Quai vul dir ch'i èn vegnidas attribuidas circa 30 personas per di al chantun. Las structures regularas eran concepidas per 30 personas per mais. Gist durant questa fasa iniciala era il chantun dependent da mintga alloschament pussaivel. La Regenza engrazia a las famiglias ospitantas ch'èn s'engaschadas e che s'engaschan anc adina voluntarmain a favur da las personas che tschertgan protecziun.

La fin d'october 2022 sustegnevan ils servetschs socials regiunals var 848 personas en 481 dossiers, las qualas abitavan en alloschis individuals. Da quellas personas vivevan 124 (91 dossiers) ensemen cun famiglias ospitantas indigenas en ina chasada cuminaivla. Sch'i resultan conflicts en la convivenza, po il chantun intermediar abitaziuns che vegnan purschidas da la populaziun. Particularmain en quels cas, nua che uffants èn gia scolarisads.

Tar la dumonda 1: La lescha grischuna prevesa che personas che tschertgan protecziun e ch'èn economicamain dependentas, vegnan da princip collocadas en alloschis collectivs e sustegnidas finanzialmain da l'Uffizi da migraziun (art. 35 Ordinaziun tar la Lescha introductiva tar la legislaziun davart las personas estras e davart ils fatgs d'asil; OtLitLEA; DG 618.110). Pervia dal grond dumber da personas che tschertgan protecziun e ch'èn vegnidas attribuidas al chantun Grischun resp. che sa chattavan gia en il Grischun, ha la Regenza decidì, che las personas cun il status da protecziun

S pon er vegnir collocadas en alloschis individuals. La Lescha introductiva tar la legislaziun federala davart las persunas estras e davart ils fatgs d'asil (art. 4 LitLEA; DG 618.100) avess previs, che la Regenza po obligar las vischnancas da recepir – a norma dal dumber da lur populaziun – [...] persunas cun basegn da protecziun. Cun ses agir ha la Regenza intenziunadamain evità quai, perquai ch'ella na vuleva betg engrevgiar las vischnancas cun incumbensas supplementaras. A medem temp ha questa decisiun chaschunà ina tscherta inegalitad giuridica tranter las persunas dal sector d'asil. In accompagnament ed in'assistenza da persunas che tschertgan protecziun, che surpassa la purschida da l'ulteriura populaziun, n'è per quest motiv betg stà inditgà d'emprim ennà. La Regenza è er da l'avis, che l'alloschament e la convivenza en la medema chasada pon esser ina sfida per persunas che n'enconuschan betg ina l'autra. L'Uffizi da migraziun e da dretg civil ha perquai svelt prendì en funcziun alloschis collectivs supplementars, per ch'il chantun possia alloschar las persunas cun status da protecziun S che vegnan attribuidas ad el. Plinavant han ins supplitgà gia baud l'Agid svizzer als fugitivs, da desister d'intermediar famiglias ospitantas directamain davent dal Center federal d'asil. L'intermediaziun han ils posts chantunals surpiglià sezs. Sche pussaivel han els adina dà adatg, che las localitads na stuevan betg vegnir utilisadas cuminaivlamain cun la famiglia ospitanta.

Tar la dumonda 2: Il chantun tgira las persunas che tschertgan protecziun en moda cumparegliabla a las ulteriuras persunas che basegnan sustegn. Particularmain en il senn da garantir l'egualitad giuridica da las persunas dal sector d'asil na planischa la Regenza perquai betg d'extender las capacitads d'assistenza per las persunas cun status da protecziun S resp. per lur famiglias ospitantas. Actualmain dispona il chantun d'avunda plazzas en alloschis collectivs per persunas cun il status da protecziun S. Sche persunas cun il status da protecziun S na pon betg pli viver tar las famiglias ospitantas, èsi pussaivel da survegnir ina plazza en in alloschi collectiv.

Tar la dumonda 3: En il preventiv 2023 ha la Regenza resguardà las resursas finanzialas ch'èn necessarias en connex cun las persunas cun status da protecziun S, e quai per tut ils posts da servetsch respectiv. Las plazzas da lavur ch'èn limitadas temporarmain pon uschia vegnir prolungadas.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di ottobre 2022

Interpellanza Gansner concernente l'alloggio presso privati di persone in cerca di protezione provenienti dall'Ucraina

A seguito della guerra in Ucraina i Grigioni si sono trovati confrontati a una situazione nuova: di colpo il numero di richiedenti l'asilo assegnati dalla Confederazione al Cantone si è moltiplicato. A seguito dell'elevato numero di persone, nella primavera del 2022 il Governo grigionese ha deciso che le persone bisognose di protezione con statuto «S» possono essere collocate anche in abitazioni in affitto o presso famiglie ospitanti, oltre che negli alloggi collettivi cantonali. Grazie all'apertura e alla solidarietà della popolazione grigionese, in breve tempo le persone in cerca di protezione hanno potuto trovare un nuovo alloggio.

Molte famiglie ospitanti danno nel frattempo alloggio a persone in cerca di protezione da più tempo di quanto previsto. Alcuni Cantoni non sarebbero molto sicuri della stabilità del collocamento per diversi mesi di persone in cerca di protezione presso privati, ha scritto la Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali (CDOS) in risposta a una richiesta della Südostschweiz (edizione del 15 luglio 2022). Questi dubbi si confermano anche da noi nei Grigioni. La convivenza in alloggi privati risulta spesso molto più complicata del previsto. Perciò sono sempre di più le persone in cerca di protezione che desiderano vivere in appartamenti indipendenti.

Stando a quanto dichiarato dal Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP), il collocamento delle persone in cerca di protezione rientra nella responsabilità dei Cantoni. Di questa circostanza si tiene conto nella misura in cui le persone con statuto di protezione «S» che alloggiano in appartamenti in affitto o presso famiglie ospitanti vengono in linea di principio sostenute dai servizi sociali regionali nei settori dell'aiuto sociale personale ed economico. Il sostegno finanziario è garantito direttamente dal servizio sociale regionale. Anche le famiglie ospitanti possono rivolgersi in modo puntuale al servizio sociale, attualmente un accompagnamento in loco non può tuttavia essere fornito per motivi di risorse.

In linea di principio sembra essere tutto disciplinato, anche per quanto riguarda il sostegno personale ed economico da parte del servizio sociale regionale. Purtroppo la realtà è diversa. Dopo l'occupazione di un nuovo appartamento, il relativo finanziamento viene ad esempio rilevato in conformità alle direttive vigenti, ma nella ricerca dello stesso le persone in cerca di protezione sono abbandonate a sé stesse e dipendono nuovamente dal sostegno delle famiglie ospitanti. In particolare per via della grande barriera linguistica, una ricerca autonoma di oggetti in locazione adatti da parte delle persone in cerca di protezione è di fatto impossibile.

A questo proposito le firmatarie e i firmatari pongono al Governo le seguenti domande:

1. Come valuta il Governo la stabilità del collocamento di persone in cerca di protezione presso privati e quali misure sono state e vengono adottate per contrastare i timori espressi?
2. Quali misure intende adottare il Cantone per offrire un'assistenza effettiva in loco alle persone interessate, sgravando in tal modo le famiglie ospitanti indigene?
3. In che modo il Governo può garantire le necessarie risorse in termini di personale presso i servizi competenti e i servizi sociali regionali per la durata della crisi ucraina?

Coira, 19 ottobre 2022

Gansner, Epp, Müller, Altmann, Bardill, Beeli, Berther, Bettinaglio, Biert, Binkert, Bisculm Jörg, Bleuler-Jenny, Brandenburger, Brunold, Cahenzli-Philipp (Untervaz), Collenberg, Cramer, Danuser (Cazis), Derungs, Dietrich, Dürler, Gredig, Heini, Hoch, Hohl, Holzinger-Loretz, Kasper, Kocher, Kohler, Kreiliger, Loepfe, Maissen, Mani, Mazzetta, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Nicolay, Preisig, Rutishauser, Said Bucher, Schutz, Stiffler, von Ballmoos, Widmer, Wieland, Zanetti (Landquart), Zanetti (Sent)



Seduta del

13 dicembre 2022

Comunicato il

15 dicembre 2022

Protocollo n.

961/2022

Interpellanza Gansner

concernente l'alloggio presso privati di persone in cerca di protezione provenienti dall'Ucraina

Risposta del Governo

La guerra in Ucraina ha dato il via al maggiore flusso di rifugiati in Europa dalla Seconda guerra mondiale. L'11 marzo 2022 il Consiglio federale ha deciso che le persone in cerca di protezione provenienti dall'Ucraina ottengono lo statuto S. Di conseguenza le persone in fuga hanno ottenuto rapidamente il diritto di soggiorno senza dover avviare una procedura d'asilo ordinaria. Lo statuto di protezione S viene applicato per la prima volta. Entro fine aprile 2022 la Confederazione ha assegnato al Cantone oltre 800 persone provenienti dall'Ucraina. Questo significa che al Cantone venivano assegnate circa 30 persone al giorno. Le strutture ordinarie erano concepite per 30 persone al mese. Proprio in questa fase iniziale il Cantone aveva bisogno di ogni possibile alloggio. Il Governo ringrazia le famiglie ospitanti che si sono impegnate e si impegnano tuttora su base volontaria per le persone in cerca di protezione.

A fine ottobre 2022 i servizi sociali regionali sostenevano circa 848 persone che abitavano in alloggi individuali, per le quali erano aperti 481 fascicoli. Di queste, 124 persone (91 fascicoli) condividevano l'economia domestica con famiglie ospitanti locali. In caso di difficoltà legate alla convivenza, il Cantone può fungere da intermediario nella ricerca di appartamenti messi a disposizione dalla popolazione. Questo in particolare nel caso in cui i bambini frequentino già la scuola.

In merito alla domanda 1: la legge grigionese prevede che le persone in cerca di protezione le quali non risultano indipendenti dal punto di vista finanziario vengano collocate in alloggi collettivi e sostenute finanziariamente dall'Ufficio della migrazione (art. 35 ordinanza relativa alla legge d'applicazione della legislazione federale sugli stranieri e sull'asilo; OLAdLSA; CSC 618.110). Per via del grande numero di persone in cerca di protezione che sono state assegnate al Cantone dei Grigioni o che già si trovavano nel Cantone, il Governo ha deciso che le persone con statuto di protezione S possano essere collocate anche in alloggi individuali. La legge d'applicazione

della legislazione federale sugli stranieri e sull'asilo (art. 4 LAdLSA; CSC 618.100) prevede che in questa situazione il Governo possa obbligare i comuni ad accogliere [...] persone bisognose di protezione in ragione del proprio numero di abitanti. Con il proprio agire il Governo ha evitato in modo mirato di fare ciò, in quanto non voleva gravare i comuni con ulteriori compiti. La decisione ha al contempo portato a una determinata disuguaglianza giuridica tra persone del settore dell'asilo. Per questo motivo, un accompagnamento e un'assistenza di persone in cerca di protezione che esulassero dall'offerta per la rimanente popolazione sono risultati sin dall'inizio come non opportuni. Il Governo condivide l'opinione secondo la quale il comune alloggio e la convivenza nella stessa economia domestica tra persone che non si conoscono può rappresentare una sfida. Perciò l'Ufficio della migrazione e del diritto civile ha posto in esercizio in tempi rapidi alloggi collettivi supplementari affinché fosse possibile accogliere le persone con statuto di protezione S assegnate al Cantone. Inoltre l'Organizzazione svizzera d'aiuto ai rifugiati è già stata precocemente invitata a rinunciare a collocamenti presso famiglie ospitanti direttamente dai centri d'asilo federali. Al collocamento hanno proceduto direttamente i servizi cantonali. Nel fare questo, ogni volta che ciò era possibile hanno prestato attenzione affinché non si rendesse necessario condividere dei locali con una famiglia ospitante.

In merito alla domanda 2: il Cantone assiste le persone in cerca di protezione in modo analogo alle altre persone che necessitano di sostegno. In particolare nell'interesse della garanzia dell'uguaglianza giuridica tra persone del settore dell'asilo, il Governo non ha perciò in programma di potenziare le capacità di assistenza per persone con statuto di protezione S o per le loro famiglie ospitanti. Al momento il Cantone dispone di posti a sufficienza in alloggi collettivi per persone con statuto di protezione S. Se le persone con statuto di protezione S non possono più vivere presso le loro famiglie ospitanti è possibile ricevere un posto in un alloggio collettivo.

In merito alla domanda 3: nel preventivo 2023 il Governo ha tenuto conto delle risorse finanziarie imprescindibili di tutti i servizi necessari in relazione a persone con statuto di protezione S. In questo modo è possibile prorogare gli impieghi a tempo determinato.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin